

**Bericht des Landrates an den
Kreistag des Burgenlandkreises
vom 8. Dezember 2025**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Haushaltsplanung 2026	5
Bevölkerungsschutz	8
Ständige Arbeitsgruppe Zivilschutz	8
Risikoanalyse Burgenlandkreis im Allgefahrenansatz.....	9
Baufortschritt Gefahrenabwehrzentrum	10
Neue Rettungswache in Großgöhren.....	11
Übergabe Rüstwagen.....	12
Interessenbekundung "Land.Heimat.Innovativ"	12
Sirenenausbau	13
Erweiterungen BOS-Wege Zeitzer Forst	13
Zweite Berichtskonferenz zum Hochwasserschutz im Burgenlandkreis	15
Berufung ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter.....	16
Sitzung des Naturschutzbeirates.....	17
Umgang mit illegalen Müllablagerungen.....	17
Stand laufender Deponieverfahren.....	19
Deponie Profen Nord (Deponieklasse 1).....	19
Deponie Freyburg/Zeuchfeld (Deponieklasse 0 und 1)....	20
Deponie Nellschütz (Deponieklasse 1)	20

Raum- und Bauordnung	21
Suche nach einem Atommüll-Endlager	21
Gespräch mit Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt.....	25
Digitales Baugenehmigungsverfahren	26
Strukturwandel	27
Kommunales Medizinisches Versorgungszentrum	27
Berufs- und Ausbildungsmarketing.....	28
Finanzierung und Anerkennung des Deutschlandtickets....	29
Dienstleistungskonzession für Naumburger Straßenbahn.	31
Migration und Integration.....	33
Lage der ukrainischen Kriegsflüchtlinge.....	33
Weiter Rückgang von Geflüchtetenzahlen.....	33
Sprachkursangebote der Volkshochschule.....	34
Jahresstatistik Bildungsbüro	37
Versammlungslage im Burgenlandkreis	38
Weiterer Rückgang der Arbeitslosenzahlen	39
Zahl der Bürgergeldempfänger sinkt.....	41
Leistungsgewährung im Sozialamt	42
Hilfe zur Pflege: Antragsaufkommen nimmt weiter zu	42
Wohngeld.....	43
Neuer Saale-Unstrut-Koffer	44

Projekt „ego.-Wissen“ im Burgenlandkreis	44
Ausbau wassertouristische Infrastruktur	46
Online-Dienste im Straßenverkehrsamt	47
Petitionsausschuss an Unfallstelle der L 204.....	49
Schlachtzahlerhöhung im Schlachthof Weißenfels	51
Fall von Geflügelpest.....	54
Ergebnisse der ASP-Tagung im Burgenlandkreis	55
Anlage I zum Kreistagsbericht – Baumaßnahmen	57
1. Bildungscampus Naumburg und Weißenfels.....	57
2. Zeche Paul II	59
3. Kreisstraße 2207, Bahnbrücke Deuben	59
4. Kreisstraße 2217, Abzweig Großpörthen/K 2609	60
5. Um- und Ausbau der Kreisstraße 2200.....	60
6. Kreisstraße 2224, Droyßig, Camburger Straße.....	61
7. Kreisstraße 2584 Weißenfels, Langendorfer Straße	62
8. Verlegung der B 180 aus dem Stadtgebiet Zeitz	64
Anlage II –Atommüll-Endlagersuche: Übersicht Teilflächen im Burgenlandkreis	66

Haushaltsplanung 2026

Eigentlich wollte ich dem Kreistag zur heutigen Sitzung den Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr vorlegen. Leider zeigt sich bei der Planaufstellung, dass sich die Haushaltslage weiter verschlechtert. Die Ursachen dafür sind bekannt: vor allem die hohen Soziallasten, insbesondere in der öffentlichen Jugendhilfe, wachsen weiter auf. Auch Mehrkosten im ÖPNV sind ursächlich.

Das Abwägungsprocedere zur Ermittlung der Kreisumlagehebesätze sorgt dabei für Verzögerungen, so dass ich den Kreistag erst im dann schon angebrochenen Haushalts- und Kalenderjahr mit dem Haushalt befassen kann.

Die im Juni dieses Jahres dazu ergangene Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes war dringend erforderlich, um eine größere Rechtssicherheit für die Ermittlung und Festsetzung der Kreisumlagehebesätze zu schaffen. Hinsichtlich der finanziellen Mindestausstattung der

Kommunen sind nun gesetzliche Festlegungen ergangen, die der Abwägung, also der Wichtung und Vermittlung zwischen den Bedarfen der kreisangehörigen Gemeinden und denen des Landkreises, einen konkreteren Rahmen geben, als das bisher der Fall war. Nach diesen definierten Kriterien nehmen wir aktuell unter Zugrundelegung der aktuellsten gemeldeten Zahlen zum Finanzbedarf aus den kreisangehörigen Gemeinden die Abwägung vor. Wir prüfen noch, inwieweit wir weitere Kriterien berücksichtigen müssen, die sich aus der Rechtsprechung der zurückliegenden Jahre zu diesen Fragestellungen ergeben haben.

Die finanziellen Planungs-Eckdaten des Landkreises jedenfalls lassen bereits erkennen, dass auch mit größerer juristischer Klarheit die Abwägung nicht einfach wird. Denn durch einen markanten Rückgang der Umlagegrundlagen 2026 in Höhe von fast 75 Millionen Euro im Vergleich zum Jahr 2025 müsste der Burgenlandkreis zur Deckung des

ungedeckten Bedarfes eine Kreisumlage von 109,3 Mio. Euro erheben, was einem Umlagehebesatz von knapp 53 Prozent entspräche.

Diese Zahlen einerseits und die eben beschriebenen Regelungen zur Erhebung der Kreisumlage andererseits machen das ganze Verfahren trotz nun deutlicherer gesetzlicher Grundlagen zu einem Drahtseilakt. Wir arbeiten aktiv daran, diese Abwägung durchzuführen, um zu einer rechtssicheren Kreisumlageerhebung zu gelangen und gleichzeitig dem Kreistag einen Vorschlag für die Erhebung der Kreisumlage zu machen, der politisch verantwortbar, rechtlich vertretbar und mehrheitsfähig bleibt. Ich werde dem Kreistag in einer Sondersitzung am 26. Januar 2026 den Entwurf für den Haushaltsplan 2026 vorlegen.

Hierzu habe ich am 5. Dezember 2025 im Landesverwaltungsamt Gespräche geführt, um herauszufinden, welche Position die Kommunalaufsichtsbehörde in dieser Situation einnimmt.

Denn wir haben nichts gekonnt, wenn der Haushalt beanstandet wird, weil die Umlage zwar politisch gewünscht niedrig festgesetzt, dann aber deshalb beanstandet wird. Das würde nur eine lang andauernde vorläufige Haushaltsführung bedeuten.

Bevölkerungsschutz

Ständige Arbeitsgruppe Zivilschutz

Am 4. November 2025 konstituierte sich die Arbeitsgruppe Zivilschutz mit den Ordnungsämtern der Einheits- und Verbandsgemeinden.

In der ersten Sitzung wurde die Erarbeitung und der Austausch von aktuellen Kräfte- und Mittelübersichten für Sonderlagen vereinbart. Weiterhin wurde der Umgang mit vertraulichen Dokumenten, die geplante Erstellung einer Risikoanalyse im Allgesehenansatz in Kooperation mit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) für den Burgenlandkreis sowie die Schaffung einer einheitlichen

technischen Basis für den Katastrophenschutz besprochen. Die Arbeitsgruppe soll quartalsweise zusammenfinden. Im Rahmen der nächsten Sitzung werden die Ergebnisse der Zuarbeit zur Risikoanalyse und die Kräfte- und Mittelverzeichnisse besprochen.

Risikoanalyse Burgenlandkreis im Allgefahrenansatz

Als Modell-Landkreis in Deutschland wird der Burgenlandkreis gemeinsam mit der PD, einer Beratungsgesellschaft von Bund, Ländern und uns Kommunen, eine Risikoanalyse im Allgefahrenansatz erstellen.

Hierzu wurden die Bürgermeister in einer gemeinsamen Dienstberatung am 10. November 2025 informiert und zur Mitwirkung aufgerufen. Am 17. Dezember 2025 werden die Hauptverwaltungsbeamten nochmals detailliert durch die PD dazu informiert. Die Amtsleitungen des Landratsamtes werden ebenfalls in den Prozess eingebunden. Das Ziel einer derzeit laufenden Abfrage ist es, auf der Grundlage

praktischer Erfahrungswerte ein möglichst umfassendes Bild potentieller Gefahren vor Ort zu erstellen. Ab Februar 2026 soll mit der Auswertung der so erstellen Daten- und Informationsgrundlage begonnen werden.

Baufortschritt Gefahrenabwehrzentrum

Der Baufortschritt am Gefahrenabwehrzentrum läuft im Zeitplan. Die Inbetriebnahme der Integrierten Leitstelle ist für den Jahresanfang vorgesehen. Aktuell wird die Anlagen- und IT-Technik eingebaut. Die Büroräume wurden möbliert. Im Bereich der Feuerwehrtechnischen Zentrale laufen die Installationsarbeiten der Atemschutzwerkstatt sowie der Gebäudetechnik. Die Inbetriebnahme des Komplexes Feuerwehrtechnische Zentrale ist für das erste Quartal vorgesehen.

Parallel dazu wird die Ausschreibung des zweiten Bauabschnittes mit Kalthalle und Übungsgelände vorbereitet, welcher im Februar 2026 in der Bauausführung starten soll.

Neue Rettungswache in Großgöhrn

In den vergangenen Monaten ist nach einem geeigneten neuen Standort für die Rettungswache Gostau als Außenstelle der Rettungswache Weißenfels gesucht worden. In Zusammenarbeit mit der Stadt Lützen und Kreisräten konnte ein Standort in Großgöhrn identifiziert werden. Auf dem städtischen Gelände neben der Turnhalle soll hier in Festbauweise eine neue Rettungswache für einen Rettungswagen einschließlich aller benötigten Sozialräume nach aktuellem DIN-Standard errichtet werden. Die Entscheidung zur Festbauweise wurde bewusst getroffen, um einerseits die für die Refinanzierung durch die Kostenträger erforderlichen Nutzungsdauern und andererseits auch energetische sowie wirtschaftliche Vorteile auszunutzen. Der Kaufantrag gegenüber der Stadt Lützen wurde gestellt. Aktuell wird die Bauzeit mit 16 bis 18 Monaten beziffert.

Übergabe Rüstwagen

Am 25. November 2025 wurde ein Rüstwagen aus der Landesbeschaffung Sachsen-Anhalt durch das Amt für Bevölkerungsschutz und den stellvertretenden Kreisbrandmeister in Empfang genommen. Der Rüstwagen wird im Fachdienst Brandschutz eingesetzt und steht der Kreisausbildung im Gefahrenabwehrzentrum sowie zur überörtlichen gemeindlichen Gefahrenabwehr zur Verfügung. Insgesamt förderte das Land Sachsen-Anhalt 48 Prozent der Anschaffungskosten. Die offizielle Übergabe ist für den 28. März 2026 im Rahmen der Jahresarbeitsberatung des Kreisbrandmeisters vorgesehen.

Interessenbekundung "Land.Heimat.Innovativ"

Im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung (BULEplus) haben wir das Interesse bekundet, das bestehende Netz aus Krisenkommunikationskoffern erweitert werden, die wir im Förderprojekt "Resiliente Regionen" beschafft haben. Die

zusätzlichen Endgeräte sollen genutzt werden, um die Stäbe der kreisangehörigen Gemeinden, die Rettungswachen sowie Krankenhäuser anzuschließen und eine autarke Krisenkommunikation zu gewährleisten. Momentan warten wir hier auf eine Entscheidung zu unserer Interessensbekundung.

Sirenenausbau

Für das Jahr 2025 wurden weitere Landes- und Bundesmittel zum Ausbau der Sireneninfrastruktur zugewiesen. Insgesamt kann so mit 28.200 Euro (Bundesanteil 49 %) die ertüchtigung einer alten Sirenenanlage und die Erschließung eines neuen Standortes unterstützt werden. Somit wurden im Burgenlandkreis einschließlich der beiden oben genannten Anlagen 20 Standorte ertüchtigt.

Erweiterungen BOS-Wege Zeitzer Forst

Der Wanderweg durch den Zeitzer Forst (circa 7,3 km Länge) ist nun bereits seit 18 Monaten eröffnet und erfreut sich

reger Nutzung durch Spaziergänger aus der Region wie auch Anwohner, die die Strecke für die Naherholung nutzen.

Nach einem gemeinsamen Vororttermin mit dem Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), Alexander Bonde, Landtagsabgeordneten Rüdiger Erben, Verbandsgemeindebürgermeister Uwe Kraneis sowie den Bürgermeistern der Gemeinden Wetterzeube und Gutenborn im Sommer 2025 wurde am 27. November 2025 mit der DBU eine Erweiterung des Wanderwegenetzes vereinbart. Die DBU als Grundstückseigentümerin hat bereits signalisiert, die Kosten der Verkehrssicherung und Kampfmittelberäumung für den Ausbau des Weges zum Breitenbacher Spielplatz zu übernehmen. Die erforderlichen Schilder und Pfähle zur Kenntlichmachung des Weges werden von der Verbandsgemeinde Droyßig-Zeitzer Forst und der Gemeinde Wetterzeube gestellt und gesetzt. Diese Verbindung zwischen bestehendem Wegenetz und dem Spielplatz Breitenbach bietet sich an, da viele Besucher des

Spielplatzes so nicht mehr auf der Straße zum vorderen Bereich des Weges laufen müssen, sondern direkt abgekürzt auf den Wanderweg gelangen. Das wurde von allen Beteiligten begrüßt.

Zudem stimmte die DBU zu, den Rastplatz am “Koßwedaer Teich” neu zu errichten.

Zweite Berichtskonferenz zum Hochwasserschutz im Burgenlandkreis

Die Untere Wasserbehörde des Burgenlandkreises bereitet aktuell die 2. Berichtskonferenz zum Hochwasserschutz im Burgenlandkreis vor. Diese soll im Frühjahr 2026 in Zeitz stattfinden. Inhaltliche Schwerpunkte werden Fragen zur Hochwasserrahmenrichtlinie, die Umsetzung von Maßnahmen des Hochwasserschutzes an Gewässern erster Ordnung im Burgenlandkreis, die Hochwassermeldeordnung sowie die Fortschreibung des Hochwasserschutzdokuments des Burgenlandkreises bilden.

Dazu befinden wir uns aktuell in der Abstimmung mit dem Umweltministerium unseres Landes, das für den Hochwasserschutz zuständig ist, um die entsprechenden Landesbehörden langfristig in die Terminvorbereitung einzubinden. Außerdem ist geplant, das Amt für Bevölkerungsschutz des Burgenlandkreises und das Technische Hilfswerk zum Termin einzuladen.

Berufung ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter

Am 2. Dezember 2025 haben sich die ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten des Burgenlandkreises zu ihrer zweimal jährlich stattfindenden Informations- und Fortbildungsveranstaltung zusammengefunden. Höhepunkt war auch in diesem Jahr die Berufung neuer Naturschutzbeauftragter. Ich freue mich über die Bereitschaft zweier neuer Ehrenamtler, die die Untere Naturschutzbehörde künftig tatkräftig unterstützen werden.

Sitzung des Naturschutzbeirates

Am 4. November 2025 fand die halbjährliche Sitzung des Naturschutzbeirats des Burgenlandkreises statt. Dabei wurde unter anderem über den 2. Entwurf zum Landesentwicklungsplan, den neuen Alleenerlass des Landes Sachsen-Anhalt und die neue Informationskampagne des Burgenlandkreises zum Igel- und Kleintierschutz vor Mährobotern beraten.

Umgang mit illegalen Müllablagerungen

Das Grundstück, auf welchem sich ein Altreifenlager in Boraus befindet, fiel im Jahr 2025 aufgrund eines Erbfalls an den Fiskus und damit zu gleichen Teilen an das Land Sachsen-Anhalt und den Freistaat Thüringen. Die zuvor vorherrschenden unklaren Eigentumsverhältnisse sind damit beseitigt. Die Untere Abfallbehörde des Burgenlandkreises hat in Vorbereitung des Erlasses einer Räumungsanordnung die neuen Grundstückseigentümer

mit Schreiben vom 10. Oktober 2025 angehört. Sowohl der Freistaat Thüringen als auch das Land Sachsen-Anhalt wenden ein, dass die Kosten der Beräumung den Wert des Grundstücks bei weitem übersteigen würden und daher keine Verpflichtung zur Beräumung bestehe. Die Untere Abfallbehörde wird nach einer juristischen Begutachtung der Rechtslage entscheiden, wie hier verfahren werden wird.

Nach Erlass einer mittlerweile rechtskräftigen Beräumungsanordnung gegenüber einem Grundstückseigentümer in Schelkau hat die Untere Abfallbehörde des Burgenlandkreises eine Beräumung im Wege der Ersatzvornahme veranlasst.

Der vollkommen vermüllte Dreiseitenhof wurde Anfang November 2025 innerhalb von zwei Wochen durch eine Fachfirma vollständig beräumt. Nun gilt es, das Grundstück zu sichern, um neuerliche illegale Abfallablagerungen dort

zu verhindern. Die Kosten der Beräumung hat der Grundstückseigentümer zu tragen.

Stand laufender Deponieverfahren

Im Burgenlandkreis gibt es aktuell drei laufende Deponieverfahren, über deren jeweilige Verfahrensstände ich Sie informieren möchte:

Deponie Profen Nord (Deponieklasse 1)

Im Rahmen des bei der Unteren Abfallbehörde des Burgenlandkreises geführten Planergänzungs- und Planänderungsverfahrens wurden die Antragsunterlagen der Vorhabenträgerin (MUEG) im Zeitraum 22.09. bis 21.10.2025 öffentlich ausgelegt. Da es bei der erfolgten Auslegung zu Verfahrensfehlern gekommen ist, wird die öffentliche Auslegung Anfang 2026 wiederholt.

Deponie Freyburg/Zeuchfeld (Deponieklasse 0 und 1)

Der Antrag zur Errichtung und zum Betrieb einer Deponie der Klassen 0 und I einschließlich Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung wurde am 30. September 2024 eingereicht. Der Erörterungstermin fand am 2. April 2025 statt. Aus diesem ergaben sich Änderungsbedarfe für die vorgelegten Planunterlagen, deren Einreichung voraussichtlich bis Ende des laufenden Jahres zu erwarten ist. Danach muss die Planfeststellungsbehörde über den Fortgang des Verfahrens entscheiden.

Deponie Nellschütz (Deponieklasse 1)

Der Planfeststellungsantrag wurde am 1. November 2022 eingereicht und zuletzt am 9. Oktober 2025 ergänzt. Der Antrag ist nun vollständig und das Anhörungsverfahren kann demnächst beginnen.

Raum- und Bauordnung

Suche nach einem Atommüll-Endlager

Im November 2025 wurde durch die Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) ein neuer Arbeitsstand im Standortauswahlverfahren für die Suche nach einem Atommüll-Endlager veröffentlicht. Zudem fand das 4. Forum Endlagersuche in Hannover statt, an dem auch Vertreter der Unteren Landesentwicklungsbehörde unseres Landratsamtes teilgenommen haben. Wir befinden uns hier nach wie vor in Phase 1 des Verfahrens.

Nachdem im 1. Schritt dieser Phase 1 im gesamten Bundesgebiet 90 Teilgebiete ausgewählt wurden, befinden wir uns derzeit im 2. Schritt dieser Phase 1. Bis Ende 2027 sollen aus diesen 90 Teilgebieten weitere Gebietseingrenzungen vorgenommen werden. Dafür werden die Gebiete in vier Kategorien von A bis D eingeteilt. Nur die Flächen, die in die Kategorien A oder B eingestuft werden, kommen weiterhin als mögliche Standorte in Frage.

Derzeit wird die genaue Einteilung in Kategorie A oder Kategorie B nicht veröffentlicht. Beide Kategorien werden als geeignet eingestuft und zunächst intern weiter betrachtet.

Nach dem am 3. November 2025 durch die BGE veröffentlichten Zwischenstand wurden bisher 56 Prozent der 90 Teilgebiete untersucht und kategorisiert. Von diesen 56 Prozent sind drei Prozent der Flächen in die Kategorien A oder B eingestuft, also bedingt oder potenziell als Standort geeignet. Von diesen drei Prozent wiederum liegen zwei Flächen im Burgenlandkreis.

Die erste Fläche liegt westlich von Bad Bibra. In Nord-Süd-Ausdehnung von Orlas bis Borgau und in der Ost-West-Ausdehnung von Wallroda bis Tauhardt, Kahlwinkel, Eisbach, zwischen Zeisdorf und Lossa bis zur Landesgrenze nach Thüringen im Kyffhäuserkreis, dort bis zu Stadt Roßleben-Wiehe und der Gemeinde Oberheldrungen.

Die zweite Fläche im Burgenlandkreis liegt nördlich von Karsdorf und Reinsdorf bis zur Landkreisgrenze zum

Saalekreis. An diese Fläche schließt sich im Saalekreis ein großes Gebiet im Bereich Querfurt/Bad Lauchstädt an. Dem Kreistagsbericht ist eine Übersichtskarte mit Darstellung der Flächen beigegefügt.

Insgesamt kommen noch 25 Prozent der deutschen Landesfläche für ein mögliches Endlager infrage. Besonders in Norddeutschland sind noch große Teile als Standort möglich, weil dort große Flächen bisher nicht bewertet wurden. Der nächste Zwischenstand soll im Juni 2026 veröffentlicht werden und Aussagen zur Kategorisierung der noch zu untersuchenden Teilflächen enthalten. Im Anschluss wird dann bis April 2027 die weitere Differenzierung der noch in Frage kommenden Flächen in Kategorie A und B durchgeführt. Bis Ende 2027 will die BGE auf diesem Weg dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) Vorschläge für Standortregionen übergeben und zugleich im Internet bekanntgegeben.

Das BASE führt anschließend eine Strategische Umweltprüfung einschließlich der Erarbeitung eines Umweltberichtes durch. Danach wird entschieden, welche Vorschläge für Standortregionen dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit als Vorschlag für die Übergabe an den Bundestag zur Beschlussfassung über die Standortregionen übergeben werden. Bereits jetzt ist absehbar, dass der im Standortauswahlgesetz festgesetzte Termin im Jahr 2031 für die Beschlussfassung des Bundestages über die Standortregionen nicht gehalten werden kann und eine Gesetzesänderung erforderlich wird.

Für die Gebiete, die als Standortregionen ausgewählt werden, werden dann Regionalkonferenzen eingerichtet, die das Verfahren begleiten und auch mit bestimmten Rechten ausgestattet werden sollen. Die Regionalkonferenzen können Nachprüfaufträge erteilen oder zusätzliche Gutachten beauftragen. Das Landratsamt wird das

Auswahlverfahren weiterhin begleiten. Ich werde Ihnen an dieser Stelle weiterhin regelmäßig über die Entwicklungen berichten.

Gespräch mit Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt

Im November fand das diesjährige Regionalgespräch zwischen der Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt und Vertretern des Landratsamtes aus den Bereichen der Bauverwaltung sowie der Zentralen Vergabestelle statt.

Diese regelmäßigen Regionalgespräche stärken den direkten Austausch zwischen den Kammermitgliedern und den öffentlichen Verwaltungen und bieten die Möglichkeit, aktuelle Themen und Herausforderungen zu identifizieren und gemeinsame Lösungsansätze zu suchen. In diesem Jahr standen neben den Gesetzesänderungen im Vergabewesen sowie bei der Landesbauordnung auch die Digitalisierung sowie die stärkere Einbindung regionaler Ingenieure in die Projektplanung und -umsetzung beim Burgenlandkreis im

Mittelpunkt. Dabei sollen neben einer stärkeren Vernetzung aller Beteiligten Kooperationen der Ingenieure dazu beitragen, die anstehenden Investitionen aus dem Sondervermögen des Bundes gemeinsam regional umsetzen zu können.

Zur Stärkung der Zusammenarbeit und zum Austausch der Arbeitsergebnisse soll das nächste Regionalgespräch bereits im ersten Quartal 2026 stattfinden.

Digitales Baugenehmigungsverfahren

Das Bauordnungsamt beabsichtigt, mit Beginn des kommenden Jahres das digitale Baugenehmigungsverfahren anzubieten.

Der Burgenlandkreis hat als Pilotkommune in den vergangenen Jahren intensiv an der Umsetzung der landeseinheitlichen Lösung „Bauen-Online“ mitgewirkt und die technischen Voraussetzungen geschaffen, diesen Service anzubieten. Neben den verschiedenen

Baugenehmigungsverfahren können in Abhängigkeit vom geplanten Bauvorhaben auch Anzeigen für Baubeginn und Nutzungsaufnahme, die Verlängerung von Genehmigungen sowie Auskünfte aus dem Baulastenverzeichnis digital beantragt und bearbeitet werden.

Der Schritt zur digitalen Akte soll den Entwurfsverfassern eine vereinfachte Antragstellung ermöglichen und die Arbeitsprozesse in der Verwaltung effizienter und zeitsparender gestalten. Der Online-Dienst wird künftig über die Homepage des Burgenlandkreises zu finden sein.

Strukturwandel

Kommunales Medizinisches Versorgungszentrum

Eine wichtige Fördermittelübergabe steht bevor: Am 11. Dezember 2025 wird die Gemeinde Elsteraue einen Fördermittelbescheid für den Umbau des ehemaligen Bahnhofsgebäudes in Reuden in ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum erhalten. Das Projekt

hat ein Gesamtvolumen von rund 7,3 Millionen Euro. Davon stammen 6,9 Millionen Euro als Zuschuss aus Strukturwandelmitteln. Der Eigenanteil der Gemeinde liegt bei 360.000 Euro.

Berufs- und Ausbildungsmarketing

Die Strukturentwicklungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft Burgenlandkreis mbH (SEWIG) arbeitet an einem neuen Format, um den Bedarf in den Gesundheits- und Pflegeberufen und auch den Berufswünschen von Schülern gerecht zu werden. So entstand für Anfang 2026 die Veranstaltung „Impuls – wo Herz auf Karriere trifft“. Sie findet statt am 25. Februar 2026 von 14 bis 18 Uhr im Kulturhaus in Weißenfels. Es handelt sich dabei um ein neues Format rund um die Karriere in Gesundheits- und Pflegeberufen.

Finanzierung und Anerkennung des Deutschlandtickets

Nachdem am 7. November 2025 die Änderung des Regionalisierungsgesetzes beschlossen wurde, wird der Bund das Deutschlandticket nicht nur im Jahr 2026, sondern bis einschließlich 2030 weiter mit jährlich 1,5 Mrd. Euro finanzieren. Der Finanzierungsbeitrag von Bund und Ländern wird dabei nicht dynamisiert, so dass es bei einer Deckelung der Kostenübernahme von insgesamt 3 Mrd. Euro pro Jahr verbleibt. Die dadurch im Jahr 2026 bestehende Finanzierungslücke soll durch die Anpassung des Ticketpreises von 58 Euro auf monatlich 63 Euro zum 1. Januar 2026 geschlossen werden.

Ab 2027 sollen die wachsenden Kosten des Tickets durch weitere Tarifierpassungen ausgeglichen werden. Finanzierungsrisiken sind also absehbar, aber weiterhin nicht verlässlich planbar. Wichtig ist, dass diese Finanzierungsrisiken nicht auf die kommunale Ebene abgewälzt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände haben inzwischen ihre Forderung nach einem gesetzlichen Anwendungsbefehl in den ÖPNV-Gesetzen der Länder bekräftigt und den Bund aufgefordert, seinen Finanzierungsbeitrag von einer entsprechenden rechtlichen Untersetzung des Tickets in den Ländern abhängig zu machen. Dies fand im Beschluss des Bundestages jedoch keine Entsprechung. Um eine flächendeckende Fortführung des Tickets sicherzustellen, fordern wir weiterhin, dass die Länder in ihren ÖPNV-Gesetzen die Tarifvorgabe gesetzlich vorschreiben und den Landkreisen als Aufgabenträgern im Gegenzug einen Mehrbelastungsausgleich gewähren.

Die bisherige Anwendung des Deutschlandtickets im Schülerverkehr des Burgenlandkreises soll auch im Jahr 2026 beibehalten werden.

Ziel muss es sein, dass bei der Umsetzung der neuen landesinternen Einnahmeverteilung nach Postleitzahlen wie bisher die Erlöse für die verkauften Tickets der PVG im

Schülerverkehr nicht teilweise zugunsten des Schienenpersonennahverkehr umverteilt werden, sondern im Burgenlandkreis verbleiben.

Dienstleistungskonzession für Naumburger Straßenbahn

Zur vergangenen Kreistagssitzung im Oktober habe ich berichtet, dass der Zuschuss an die Naumburger Straßenbahn GmbH für das Jahr 2025 in Höhe von 120.000 Euro nach Unterzeichnung der Dienstleistungskonzession an das Unternehmen ausgezahlt wurde. Auf derselben vertraglichen Grundlage wird auch die dynamisierte Zahlung für das Jahr 2026 erfolgen.

Um der Zahlung des Zuschusses des Burgenlandkreises an die Naumburger Straßenbahn GmbH auch für die Jahre 2027 bis 2029 ein nicht angreifbares Vergabeverfahren zugrunde zu legen, ist eine europaweite einjährige Vorabbekanntmachung der endgültigen Direktvergabe

erforderlich. Diese Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt ist durch uns am 28. Oktober 2025 erfolgt, so dass der endgültige Vertrag zwischen dem Burgenlandkreis und der Naumburger Straßenbahn GmbH frühestens am 27. Oktober 2026 geschlossen werden kann und spätestens am 31. Dezember 2026 geschlossen sein muss. Dieser wird inhaltlich weitgehend der jetzigen Dienstleistungskonzession als Interimsvergabe entsprechend.

Eine andere Frage ist die, ob die Naumburger Straßenbahn GmbH ab dem kommenden Jahr aus dem Deutschlandticket aussteigt oder es weiterhin anerkennt. Hier erreichen uns bisher unterschiedliche und widersprüchliche Signale aus dem Unternehmen. Aktuell prüfen wir, welche Auswirkungen beide Szenarien unter der neuen Abrechnungssystematik auf den Kreishaushalt und unsere PVG hätten und wie wir dementsprechend weiter verfahren.

Migration und Integration

Lage der ukrainischen Kriegsflüchtlinge

Die statistische Erfassung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine im Burgenlandkreis stellte sich zum 30. November 2025 wie folgt dar:

derzeit im Burgenlandkreis wohnend	3.962
davon im Alter unter 7 Jahren	320
davon im Alter von 7 bis unter 18 Jahren	843
davon im Alter von 18 bis 65 Jahren	2.434
davon im Alter über 65 Jahren	365

Im Vergleich zum Jahresbeginn ist die Zahl der im Burgenlandkreis aufhältigen Personen um 238 Personen niedriger. Die Zahlen haben sich seit April 2025 nur noch geringfügig verändert. Der Höchstwert lag Anfang Februar 2024 bei 5.245 hier aufhältigen Personen.

Weiter Rückgang von Geflüchtetenzahlen

Der Rückgang gegenüber den Vorjahren hält an. Im Verlauf des Jahres 2025 hatte der Burgenlandkreis bis zum Stichtag

8. Dezember 2025 mit durchschnittlich fünf Personen pro Woche zu rechnen.

Das Land Sachsen-Anhalt verteilt gemäß Aufnahmegesetz wöchentlich Asylbewerber und Geduldete auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Die Lage im Burgenlandkreis stellt sich wie folgt dar:

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Summe
2021	66	22	83	95	266
2022	75	93	105	146	419
2023	188	62	198	210	658
2024	76	104	105	138	423
2025	68	45	45	93 (bis 8.12.2025)	251

Sprachkursangebote der Volkshochschule

Hinsichtlich der unterschiedlichen Sprachkursangebote an unserer Volkshochschule blicken wir in diesem Jahr auf zwei Jubiläen zurück: Seit 20 Jahren werden Integrationskurse und seit 10 Jahren Erstorientierungskurse angeboten. Diese

beiden Kursangebote bilden seit vielen Jahren einen zentralen Bestandteil der Integrationsarbeit im Landkreis. Sie unterstützen Menschen mit Migrationshintergrund dabei, sprachliche und kulturelle Kompetenzen zu erwerben und sich im gesellschaftlichen Alltag zurechtzufinden.

Seit Einführung dieser Angebote wurden insgesamt 250 Integrationskurse sowie 362 Erstorientierungskurse durchgeführt, an denen über 10.000 Menschen teilgenommen haben. Aktuell laufen an der Volkshochschule 19 Kurse für Migranten, darunter zwei Alphabetisierungskurse, zwölf allgemeine Integrationskurse, ein B1-Kurs, vier B2-Kurse und ein C1-Kurs. Insgesamt werden damit rund 400 Personen erreicht. Ergänzend dazu finden derzeit drei Erstorientierungskurse mit insgesamt 40 Teilnehmenden statt.

Auch im Bereich der Prüfungen zeigt sich eine hohe Nachfrage. Im laufenden Jahr wurden bislang 16 Deutsch-Tests für Zuwanderer auf B1-Niveau mit 337 Teilnehmern,

vier Deutsch-Tests für den Beruf auf B2-Niveau mit 87 Teilnehmer sowie 14 Tests „Leben in Deutschland“ mit 251 Teilnehmern durchgeführt. Zusätzlich haben 130 Personen den Einbürgerungstest abgelegt. Diese Prüfungen spielen eine zentrale Rolle für den Abschluss von Sprachkursen, für berufliche Perspektiven sowie für Einbürgerungsverfahren.

Trotz der positiven Entwicklung sieht sich die Volkshochschule weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert. Besonders belastend sind die Sparmaßnahmen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Bereich der Berufssprachkurse. Durch die Kontingentierung der Kursplätze können die bestehenden Bedarfe aktuell nicht ausreichend gedeckt werden, was die berufliche und gesellschaftliche Integration vieler Interessierter erschwert. Die Volkshochschule bleibt jedoch trotz dieser Einschränkungen ein zentraler und unverzichtbarer Bestandteil der Integrationsarbeit im Burgenlandkreis und

leistet mit ihrem breiten Angebot einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der Region.

Jahresstatistik Bildungsbüro

Das Bildungsbüro hat seine Jahresstatistik 2025 veröffentlicht: In diesem Jahr wurden insgesamt über 4.400 Kinder und Jugendliche und über 1.500 Erwachsene von den Angeboten des Bildungsbüros erreicht. So nahmen rund 1.000 Jugendliche an den durch das Bildungsbüro organisierten Gedenkstättenfahrten teil, was im Vergleich zum Vorjahr eine Verdopplung darstellt. 470 Ehrenamtliche und Fachkräfte besuchten die insgesamt 25 angebotenen Fortbildungen. Ein besonderer Höhepunkt war eine Veranstaltung zur Zukunft der Kinder- und Jugendfeuerwehren im Burgenlandkreis im November, an der insgesamt 55 Vertreter der Ortsfeuerwehren teilnahmen. Im nächsten Jahr sollen aufgrund der dort identifizierten

Bedarfe thematische Fortbildungsangebote für Jugendwarte folgen.

Neben den gut 6.000 direkt erreichten Personen zeigen sich auch indirekte Effekte: So konnten elf Schulen mit insgesamt über 1.700 Schülern mithilfe des Bildungsbüros und der Sparkasse ihre Schulbibliotheken umfassend erneuern. Die detaillierte Jahresstatistik wird im Bildungsausschuss vorgestellt.

Versammlungslage im Burgenlandkreis

In der Fortsetzung der Berichterstattung möchte ich Ihnen heute wieder einen Überblick über die Anzahl der Versammlungen im Kreisgebiet sowie deren jeweilige Hauptorte geben. Hierbei erfolgt die Berichterstattung wieder im Vergleich zu den Vorjahren:

Quartal/ Jahr	2021	2022	2023	2024	2025
I. Quartal	55	131	92	132	73
II. Quartal	89	102	65	68	58
III. Quartal	36	93	57	71	55

IV. Quartal	50	105	66	79	42 (Stand: 01.12.2025)
Versammlungen	230	431	280	350	228

Bisher nahmen an den erfassten Versammlungen 2025 im Burgenlandkreis 7.685 Teilnehmer teil. Im Jahr 2024 nahmen insgesamt 20.088 Personen an Versammlungen teil. Im Jahr 2023 waren es 13.386 Teilnehmer. Im Jahr 2022 war die Corona-Pandemie das Schwerpunkt-Thema. Damals nahmen 50.521 Personen an Versammlungen teil.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosenzahlen

Im November 2025 waren im Burgenlandkreis 6.286 Personen arbeitslos. Die Zahl der Arbeitslosen ist damit gegenüber dem Vormonat um weitere 45 Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote im Burgenlandkreis auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 7,1 Prozent. Damit liegt der Burgenlandkreis weiterhin unter der Arbeitslosenquote des Landes Sachsen-Anhalt, welche 7,7 Prozent beträgt.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende in der Zuständigkeit des Jobcenters Burgenlandkreis hat sich die Arbeitslosenzahl im Berichtsmonat November 2025 um 33 Personen gegenüber dem Vormonat reduziert, hier wurden 4.150 Arbeitslose registriert.

Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen mit 2.350 verringerte sich geringfügig gegenüber dem Vormonat um 19 Personen und entspricht aktuell einem Anteil von 56,6 Prozent an den Arbeitslosen insgesamt. Der Anteil an arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren reduzierte sich zum Vormonat um 10 Personen und liegt bei 11,7 Prozent. Aktuell betrifft dies 487 Personen. Im absoluten Wert entspricht die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen dem Vorjahresmonat November 2024.

Der Anteil der ausländischen Arbeitslosen im Bürgergeld stieg im Vergleich zum Vormonat um 15 Personen auf 1.091 Personen. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind dies 278 ausländische Personen oder 20,3 Prozent weniger. Aktuell

sind im Burgenlandkreis 26,3 Prozent aller Arbeitslosen im Bereich des SGB II Ausländer.

Zahl der Bürgergeldempfänger sinkt

Im Monat November 2025 bezogen nach vorläufigen statistischen Zahlen insgesamt 12.281 Personen im Burgenlandkreis Bürgergeld.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften reduzierte sich im November 2025 um 16 gegenüber dem Vormonat und lag bei 7.489. Gegenüber dem Vorjahresmonat November 2024 waren es 455 Bedarfsgemeinschaften weniger. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stieg gegenüber dem Vormonat um 6 Personen auf 9.599. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren es 500 Personen weniger.

Leistungsgewährung im Sozialamt

Hilfe zur Pflege: Antragsaufkommen nimmt weiter zu

Das Antragsaufkommen in allen Bereichen, insbesondere im Bereich der Hilfe zur Pflege, ist nach wie vor sehr hoch und wird auch im kommenden Jahr aufgrund von Vergütungssatzsteigerungen voraussichtlich weiter zunehmen.

Am 30. November 2025 bezogen 1.695 Personen Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege. 12 Personen erhalten Leistungen der Tagespflege, 165 Personen beziehen ambulante Hilfe zur Pflege. Auch im Bereich der ambulanten Hilfe zur Pflege ist eine Erhöhung des Antragsaufkommens zu verzeichnen.

Die Bearbeitungszeit von Neuanträgen liegt bei durchschnittlich fünf Monaten. Es ist weiterhin ein enormer Bearbeitungsstau für laufende Hilfefälle zu verzeichnen, da durch das vorhandene Personal nur Neuanträge bearbeitet

werden können. Demzufolge werden aktuell weiterhin keine Anpassungen der Bewilligungsbescheide in Form von Änderungsbescheiden sowie Prüfung zu Kostenersatzansprüchen getätigt.

Wohngeld

Mit der Erhöhung der Wohngeldleistung zum 1. Januar 2025 stieg entsprechend das Antragsaufkommen in der Wohngeldbehörde des Burgenlandkreises: Bis 31. Oktober 2025 gingen 2.986 Anträge auf Wohngeld ein, wovon 272 Anträge derzeit offen sind. Im Vergleich dazu gingen im entsprechenden Vorjahreszeitraum 1.910 Anträge ein. Die Bearbeitungsdauer der Anträge konnte dennoch inzwischen auf vier Monate reduziert werden.

Bis zum 31. Oktober 2025 bezogen 1.200 Haushalte im Zuständigkeitsbereich der Wohngeldstelle Burgenlandkreis entsprechende Leistungen (ausgenommen sind die Städte Naumburg, Weißenfels und Zeitz; die Bearbeitung erfolgt

durch die städtischen Wohngeldstellen). Vor der Wohngeld-Plus-Reform zum 1. Januar 2023 befanden sich 473 Haushalte im Leistungsbezug.

Neuer Saale-Unstrut-Koffer

Am 21. November 2025 wurde beim Obsthof Müller in Querfurt der neue Saale-Unstrut-Koffer gemeinsam mit der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (AMG) präsentiert. Seit 2016 gibt es den Saale-Unstrut-Koffer, der von der AMG gemeinsam mit dem Burgenlandkreis entwickelt wurde. Ab diesem Jahr befinden sich darin auch Produkte aus dem Saalekreis, wodurch weiter unsere touristischen Potentiale gebündelt werden sollen.

Projekt „ego.-Wissen“ im Burgenlandkreis

Im Jahr 2025 wurden drei Vorgründerkurse durchgeführt. Für den nächsten Vorgründerkurs, der am 19. Januar 2026 in Zeitz beginnt, läuft die Teilnehmerakquise. Für Unternehmen

in der Nachgründerphase (bis 5 Jahre nach der Gründung) wurde ein Nachgründerkurs abgeschlossen, zwei weitere laufen derzeit. Der Start des nächsten Nachgründerkurses ist für den 2. Februar 2026 in Weißenfels geplant.

Am 19. November 2025 wurde in Weißenfels im Rahmen der „Gründungswoche Deutschland 2025“ ein Vernetzungstreffen organisiert. Den Vorträgen zur Bedeutung von Nachhaltigkeit für Unternehmen und zur wirtschaftlichen Situation im Burgenlandkreis folgten 20 Gründer, die sich im Anschluss mit den Kursteilnehmern anderer Kurse, der Wirtschaftsförderung der SEWIG und der Stadt Weißenfels, der Handwerkskammer sowie mit Bildungsträgern des Projekts austauschen konnten. Weitere Veranstaltungen zur Vernetzung sind für 2026 geplant.

Informationen zum Projekt:

<https://www.burgenlandkreis.de/ego-wissen>

Ausbau wassertouristische Infrastruktur

Nachdem die Maßnahmen an Unstrut und Saale in den Verbandsgemeinden An der Finne, Unstruttal und Wethautal und den Städten Naumburg und Weißenfels an insgesamt 20 Standorten abgeschlossen werden konnten, musste aufgrund der allgemein zu verzeichnenden Preissteigerungen eine Nachbeantragung von Fördermitteln erfolgen. Nachdem die Fördermittelerhöhung bewilligt werden konnte, konnten die Planungen fortgesetzt werden. Im Gegensatz zu Unstrut und Saale, wo größtenteils an vorhandene Infrastruktur angeknüpft werden konnte, handelt es sich bei den Standorten an der Weißen Elster überwiegend um Neuanlagen, die dementsprechend aufwendiger bei der Betrachtung der naturschutzrechtlichen Belange und der Flächenverfügbarkeit für die Treppenanlagen und deren Zuwegungen sind. Nach Abstimmung mit den Gemeinden und der Ausschreibung

werden neun Standorte mit den angefügten Baumaßnahmen gemäß nachstehender Tabelle errichtet:

Stadt/ Gemeinde/ Verbands-gemeinde	Stand-ort Nr.	Standort-Name	Standort-ID	Gewässer	Fluss km	Neubau Bootstreppe	Gleitbalken	Wegegestaltung
VG Droyß.-Zeitzer Forst	30	Wetterzeube, SV Wetterzeube	30_E103,3D-Wze-Sv	Weißer Elster	103,3	X		
	31.1	Haynsburg, Kanu-Slalomstrecke	31.1_E97,5D-Hbg-Ks	Weißer Elster	97,5	XX	X	
	32	Salsitz, Elsterwehr	32_E94,0D-Ssz-Ew	Weißer Elster	94,0			X
Stadt Zeitz	38	Zeitz, Bahnhof	38_E90,4Z-Ztz-Bh	Weißer Elster	90,4	X		
	40	Zeitz, Schwimmhalle	40_E89,3Z-Ztz-Sh	Weißer Elster	89,3	X		
	41	Zangenberg, Wehr Maßnitz	41_E87,2E-Mnz-Wr	Weißer Elster	87,2	XX		
Gemeinde Elsteraue	42.1	Bornitz, Wehr	42.1_E84,8E-Bnz-Wr	Weißer Elster	84,8	X		
	43	Ostrau, Brücke	43_E81,0E-Osu-Br	Weißer Elster	81,0	X		
	44.1	Profen, Wehr	44.1_E72,7E-Pfn-Wr	Weißer Elster	72,7	X		

Aufbau Standort-ID

lfd. Nr. _ Gewässer Stationierung Gemeinde-Ort-nähere Ortsbezeichnung

Online-Dienste im Straßenverkehrsamt

Der digitale Führerscheinantrag „Führerschein online“ wird erstmalig in Kombination mit der im Juli dieses Jahres eingeführten Fachsoftware OK.Verkehr und der Bereitstellungssoftware des Bundes angeboten. Der Burgenlandkreis stellt hier bundesweit eine Pilotkommune

dar. Der Onlinedienst Führerschein befindet seit 3. November 2025 in der aktiven Testphase. Diese Testphase ist positiv verlaufen, so dass dieser Dienst inzwischen allen Bürgern zur Verfügung steht. Zurzeit gehen durchschnittlich sieben Anträge täglich ein.

Der digitale Zulassungsdienst i-Kfz befindet sich zurzeit in der aktiven Testphase. Dazu soll dieser Dienst ab 15. Dezember 2025 online gehen, also für jedermann nutzbar sein. Während dieser Phase werden eventuell noch auftretende Probleme identifiziert und abgestellt. Wenn diese positiv verläuft, ist die dauerhafte Aktivierung des Dienstes im Laufe des Monats Januar 2026 vorgesehen.

Für den persönlichen Besuch der Zulassungsstelle sind online Terminbuchungen ebenso möglich wie die Vorsprache ohne Termin zu den Sprechzeiten. Für die Führerscheinstelle sind online Terminbuchungen obligatorisch. Das Onlinebuchungsportal bietet für zwei Monate im Voraus die Buchung von Terminen an. Dies wird

aktuell ständig überwacht und gegebenenfalls angepasst. Zurzeit sind freie Termine innerhalb dieser Zeit verfügbar.

Petitionsausschuss an Unfallstelle der L 204

Ausgehend vom erheblichen Verkehrsunfallgeschehen im Sommer des vergangenen Jahres hat Karsten Stützer, Bürgermeister der Gemeinde Schönburg, eine Petition zur Errichtung einer Distanzschutzplanke im Zuge der L 204 zwischen Naumburg und Schönburg/Kroppental initiiert. Diese wurde bislang von mehr als 3.100 Personen unterzeichnet. Zur Beurteilung des Sachverhalts fand am 27. Oktober 2025 eine Sitzung des Petitionsausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt vor Ort statt. In diesem Zusammenhang hat das Landratsamt erneut die Notwendigkeit zur Errichtung einer Distanzschutzplanke in jenem Bereich bekräftigt und seine Unterstützung der Petition ausgedrückt.

Die bauliche Umsetzung jener Maßnahme obliegt allerdings der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt, die beim betreffenden Termin ebenfalls zugegen war, den Bau einer solchen Absturzsicherung jedoch bislang nicht veranlasst hat. Im Ergebnis des Vor-Ort-Termins wird der Petitionsausschuss den Sachverhalt entweder direkt an den Landtag oder an dessen Infrastrukturausschuss übermitteln, wo es eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen gilt. Der Burgenlandkreis hat dabei das in seiner Macht stehende getan, um zum einen das Erfordernis einer Distanzschutzplanke im betreffenden Bereich mit Nachdruck zu verdeutlichen, zum anderen um eine rechtliche Basis zur Errichtung der Absturzsicherung durch die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt aufzuzeigen. Die Entscheidung der zuständigen Gremien auf Landesebene gilt es nun abzuwarten, wobei der Burgenlandkreis fortlaufend bestrebt ist, auf die Priorität der Verkehrssicherheit im Zuge der L 204 hinzuweisen.

Schlachtzahlerhöhung im Schlachthof Weißenfels

Aufgrund der im Raum stehenden Schließung der Schlachthöfe in Perleberg und Landshut, beabsichtigt die Fleischwerk Weißenfels GmbH die Übernahme einer großen Menge dieser Schlachttiere. Dies teilte der Betrieb in einem Schreiben im Oktober dem Landkreis mit. Die Schlachtzahl soll somit beginnend ab November und fortgesetzt im Jahr 2026 sukzessive erhöht werden. Die damit einhergehende, eklatante Änderung der Produktionsplanung im Fleischwerk mit Perspektive auf Zweischichtigkeit, hat direkten Einfluss auf die Personaleinsatzplanung im Sachgebiet Fleischhygiene des Veterinäramts.

Der Burgenlandkreis ist bestrebt, die Einsatzplanung seiner Beschäftigten auf dieses Zweischichtsystem anzupassen. Zur Umsetzung benötigt allerdings das Sachgebiet Fleischhygiene weiteres Personal - insbesondere amtliche Fachassistenten, die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu finden sind. Für die zukünftige Umsetzung der Zweischichtigkeit ist

daher die zeitnahe Rekrutierung und Ausbildung von mindestens 20 amtlichen Fachassistenten notwendig. Bis das nötige Personal gewonnen bzw. ausgebildet sein wird und es zum selbstständigen Arbeiten befähigt ist, wird voraussichtlich mindestens ein Jahr vergehen.

In den vergangenen Jahren wurde aufgrund sinkender Schlachtzahlen und auf massives Drängen des Schlachthofes das Personal abgebaut auf einen Stand von aktuell 81 Mitarbeitern. Zu Hochzeiten der Schlachtzahlen (2016: 4.769.082; 2017: 5.006.483 Tiere) beschäftigte der Burgenlandkreis 163 amtliche Tierärzte, Fachassistenten und Hilfskräfte im tarifvertraglichen Beschäftigungsverhältnis der Fleischuntersuchung, um alle amtlichen Untersuchungen im Schlacht- und Zerlegebetrieb abzusichern. Im Jahr 2022 erfolgte ab April ein drastischer Einschnitt der Schlachtzahl auf etwa 9.000 Schweine täglich. In Folge dieses Reduktionsprozesses haben viele durch den Burgenlandkreis teuer und gut ausgebildete, teilweise

langjährig tätige amtliche Fachassistenten wie auch junge, einsatzbereite Tierärzte das Sachgebiet Fleischhygiene verlassen, weil die Einsatzzeiten so stark gesunken waren, dass damit kein auskömmliches Gehalt erzielt werden konnte. Eine Arbeitskräftereduzierung wurde auch seitens der Fleischwerk Weißenfels GmbH immer wieder im Rahmen der Gebührenauseinandersetzungen mit den Rechtsanwältinnen von Tönnies bis zum Sommer 2025 eingefordert, um eine Senkung der Gebühr zu erzwingen.

Der Burgenlandkreis hat inzwischen konkrete Maßnahmen zur Gewinnung von Personal (auch Tierärzte) unverzüglich eingeleitet. Das Landratsamt ist bemüht und bereit, der neuen Situation Rechnung zu tragen.

Die Widersprüche zur Gebührenabrechnung gegenüber der Fleischwerk Weißenfels GmbH sowie der Tönnies Zerlegebetrieb GmbH für die Jahre 2021, 2022, 2023 und 2024 sind weiterhin anhängig. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Somit sind mittlerweile insgesamt über 12

Mio. Euro vom Burgenlandkreis als Rückstellung für die Widersprüche vorzuhalten.

Fall von Geflügelpest

Der im Burgenlandkreis nahe Memleben am 29. Oktober 2025 verendet aufgefundene Kranich wurde vom Landesamt für Verbraucherschutz (LAV) Stendal positiv auf das Aviäre Influenza (Geflügelpest)-Virus getestet; die Bestätigung vom Friedrich-Loeffler-Institut erfolgte am 12. November 2025.

Im weiteren Verlauf wurden im Burgenlandkreis mehrere tote Wildvögel von Bürgern gemeldet und vom Veterinäramt zur Untersuchung an das LAV geschickt. Bei keinem Vogel wurde die Geflügelpest nachgewiesen. Der Burgenlandkreis ist daher noch nicht flächendeckend von der Geflügelpest im Wildvogelbestand betroffen. Zudem gibt es hier keine großen Rastplätze für Zugvögel, die das Risiko der Verbreitung erhöhen würden. Die Lage ist allerdings sehr dynamisch, da der Vogelzug noch nicht seinen Höhepunkt

erreicht hat und täglich eine Änderung eintreten kann. Es erfolgt daher eine tägliche Risikoeinschätzung durch das Veterinäramt. Derzeit sind tierseuchenrechtliche Maßnahmen wie ein generelles Aufstallungsgebot, Ausstellungsverbot oder Verbot des Reisehandels aus veterinärfachlicher Sicht nicht gerechtfertigt. Dies wäre ein schwerwiegender Eingriff in die Rechte der Geflügelhalter, die immer verhältnismäßig sein müssen.

Ergebnisse der ASP-Tagung im Burgenlandkreis

Am 18. November 2025 fand im Sitzungssaal des Kreistages in Naumburg eine Tagung zum Thema Afrikanische Schweinepest (ASP) beim Wildschwein statt. Hierzu hatte der Burgenlandkreis Vertreter der Ministeriums- und Mittelbehördenebene sowie unserer Nachbarlandkreise aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen und der Bundeswehr zu einem kreis- und bundeslandübergreifenden Erfahrungsaustausch eingeladen.

Beabsichtigt war der Austausch zu existierenden Bekämpfungsstrategien und bereits getroffenen Vorbereitungen zur Bekämpfung eines ASP-Ausbruches im Wildschweinbestand. Die Resonanz auf die Einladung war sehr positiv – es nahmen über 30 Vertreter aus allen eingeladenen Bereichen teil und belegten damit die Wichtigkeit dieses Themas für alle - eine Tierseuche macht an keiner Landesgrenze halt.

Das Format soll nach dem Wunsch der Anwesenden fortgeführt werden, so dass „kurze Wege“ im Seuchenfall möglich sind und von den Erfahrungen der anderen profitiert werden kann. Die unterschiedliche Organisation der Tierseuchenbekämpfung in den drei mitteldeutschen Bundesländern erschwert bislang eine Synchronisation der Bekämpfungsstrategien. Hier wurde ein Impuls für die obere Verwaltungsebene gegeben, die Thematik in die Ministerien und Mittelbehörden zu tragen und auch hier eine intensivere Kommunikation und gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Anlage I zum Kreistagsbericht – Baumaßnahmen

1. Bildungscampus Naumburg und Weißenfels

Zu den Arbeitsständen an den drei Bildungscampus habe ich in der vergangenen Kreistagssitzung am 13. Oktober ausführlich berichtet.

Aktuell laufen am **Bildungscampus Naumburg** die Lose Baustelleneinrichtung, Rohbau, Gerüstbauarbeiten und Fördertechnik planmäßig. Die Schal-, Bewehrungs-, Beton- und Mauerwerksarbeiten an der Sporthalle werden voraussichtlich Mitte Dezember abgeschlossen sein. Die Bodenplatte des unterkellerten mittleren Baukörpers des Schulgebäudes wurde in der 1. Dezemberwoche in zwei Abschnitten betoniert. Ebenso werden weitere erdgeschossige Wandbauteile in den beiden nichtunterkellerten Baukörpern des Schulgebäudes betoniert.

Die Baulose Dachdeckung/Dachabdichtungsarbeiten und Aluminium-Fenster sowie die Haustechniklose

Starkstromanlagen, Blitzschutz sowie Fernmelde- und informationstechnische Anlagen werden nach erfolgter Submission ausgewertet. Die Auftragsvergabe wird für den Vergabeausschuss im Januar 2026 vorbereitet. Die Ausschreibungen zu den weiteren Haustechniklosen Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen und Lufttechnische Anlagen sind veröffentlicht, die Submission ist für den 16. Dezember 2025 und die Vergabe im Vergabeausschuss am 24. Februar 2026 geplant. Das Leistungsverzeichnis für die Außenanlagen wird zurzeit erarbeitet, die Veröffentlichung ist für Januar 2026 geplant. Am geplanten Bauablauf für Schule und Sporthalle wird festgehalten.

Beim **Bildungscampus Weißenfels** liegt der Fördermittelantrag nach wie vor zur Prüfung beim Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt. Die Bauantragsunterlagen wurde am 16. Oktober 2025 dem

Bauordnungsamt der Stadt Weißenfels zur Antragsbearbeitung übergeben.

Mit der Freigabe zur Fortführung der weiteren Planungsleistungen durch den Fördermittelgeber am 17. Oktober 2025 wurden die Planungen zur Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung) aufgenommen und befinden sich zurzeit in Bearbeitung.

2. Zeche Paul II

Der Bauantrag zur Notsicherung der Fassade des Zechengebäudes befindet sich in Bearbeitung. Die Ausschreibungen zur Giebelsicherung beginnen im März 2026.

3. Kreisstraße 2207, Bahnbrücke Deuben

Die vorbereitenden Arbeiten laufen nach Plan. Das Ingenieurbüro SSF Ingenieure AG aus Halle hat in der zurückliegenden Zeit an der Erstellung der Entwurfsplanung gearbeitet. Diese Unterlagen werden durch das Bauamt des

Burgenlandkreises geprüft und notwendige Änderungen und Korrekturen vorgenommen.

4. Kreisstraße 2217, Abzweig Großpörthen/K 2609

Die Maßnahme ist abgeschlossen, die feierliche Verkehrsfreigabe des ausgebauten 2,1 km langen Abschnittes erfolgte am 19. November 2025.

5. Um- und Ausbau der Kreisstraße 2200

Der Ausbauabschnitt von Ortsausgang Rössuln bis Kreuzung Granschützer Straße/An der Fabrik in Webau hat eine Gesamtlänge von circa 770 Meter, davon 130 Meter innerorts. Innerörtlich war ein grundhafter Straßenausbau erforderlich. Außerorts wurde die vorhandene Trasse mittels Hocheinbau saniert.

Die Straßenbauarbeiten wurden durch die Naumburger Bauunion GmbH & Co. KG Mertendorf, OT Görschen durchgeführt.

Die Straße wird voraussichtlich am 16. Dezember 2025 für den öffentlichen Verkehr freigegeben, an diesem Tag ist auch der feierliche Akt zur Verkehrsfreigabe vorgesehen. Die Gesamtbaukosten betragen 606.000 Euro, wovon auf den Burgenlandkreis ein Anteil von 495.000 Euro entfallen.

6. Kreisstraße 2224, Droyßig, Camburger Straße

Bei diesem Vorhaben handelt es sich um eine Gemeinschaftsbaumaßnahme der Gemeinde Droyßig, des Burgenlandkreises und des Abwasserzweckverbandes Weiße Elster-Hasselbach/Thierbach. Der auszubauende Abschnitt ist circa 750 m lang, beginnt im Bereich des Marktes und endet an der katholischen Kirche. In Abstimmung mit der Gemeinde Droyßig soll als erster Teilabschnitt der Bereich vom Markt bis zur Gartenstraße ausgebaut werden.

Das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren für die Planungsleistungen, welches durch den Burgenlandkreis geführt wurde, ist abgeschlossen. Den Zuschlag für die

Erarbeitung der Planungsunterlagen erhielt das Planungsbüro TBV GmbH aus Zeitz. Für 2026 ist die Erarbeitung der Vorplanung für die Gesamtmaßnahme und die Entwurfs- und Ausführungsplanung für den ersten Bauabschnitt vorgesehen. Weiterhin muss 2026 die Vereinbarung zur Durchführung einer Gemeinschaftsmaßnahme abgeschlossen werden. Bis dahin sind noch Abstimmungen mit der Gemeinde zu treffen, unter anderem zum Ausbau der Nebenanlagen, zum Abriss einer Alt-Immobilie und zur Umleitungsführung während dieser Baumaßnahme. Das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren soll Anfang 2027 durchgeführt werden, so dass die Bauausführung ab Frühjahr 2027 erfolgen kann.

7. Kreisstraße 2584 Weißenfels, Langendorfer Straße

Durch die Abwasserbeseitigung Weißenfels Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) wurde uns mitgeteilt, dass aufgrund des vorhandenen Schadensbildes am bestehenden Kanalnetz die Erneuerung des Mischwassersammlers in

Weißenfels, Langendorfer Straße im Zuge der K 2584 planerisch erarbeitet wird. Die Stadtwerke Weißenfels erneuern beziehungsweise errichten im Rahmen dieser Baumaßnahme teilweise die Versorgungsnetze inklusive der Hausanschlüsse. Durch den Burgenlandkreis wird als Baulastträger im Anschluss an zuvor beschriebene Bauleistungen die Straße grundhaft ausgebaut. Der auszubauende Abschnitt besitzt eine Länge von circa 200 m, beginnend im Bereich der Kreuzung Langendorfer Straße/Hochheimweg und endend an der Kreuzung Langendorfer Straße/Südring.

Bei diesem Vorhaben handelt es sich um eine Gemeinschaftsbaumaßnahme der Stadt Weißenfels, der Abwasserbeseitigung Weißenfels, der Stadtwerke Weißenfels und des Burgenlandkreises. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die Planungsunterlagen weiterbearbeitet. Die Gesamtbaukosten werden rund 1,2 Mio. Euro betragen.

Der Anteil des Burgenlandkreises beläuft sich dabei auf etwa 360.000 Euro.

8. Verlegung der B 180 aus dem Stadtgebiet Zeitz

Seit vielen Jahren gab es Bestrebungen, den weiträumigen Verkehr aus der Stadt Zeitz auf eine vorhandene Ortsumgehung Zeitz (Kreisstraße 2213/Gemeindestraße Hyzetstraße) zu verlegen. Hierzu ist es notwendig, zahlreiche Straßenabschnitte in der Baulastträgerschaft verschiedener Beteiligter umzustufen, um einen Wechsel der Baulastträgerschaft zu erreichen. Da nicht mit allen Beteiligten Einvernehmen erzielt werden konnte, wird die Entscheidung zur Verlegung per Verfügung des Ministeriums für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt vollzogen. Diese tritt am 1. Januar 2027 in Kraft. Der Burgenlandkreis als betroffener Baulastträger der Kreisstraßen 2217 (Verlängerung um 426 m) und 2213 (Verkürzung um 1.839 m) ist mit der genannten Aufstufung und Abstufung einverstanden. Grundlage dafür bildet der

Beschluss des Kreistages aus dem Jahr 2022. Auf Anregung des Ministeriums fand am 2. Dezember 2025 ein Informations- und Abstimmungstermin beim Landkreis statt. Nach der Bestandskraft müssen die notwendigen Details zur Umsetzung der straßenrechtlichen Entscheidung mit den betroffenen Baulastträgern besprochen werden. Betroffen sind der Bund und das Land, der Burgenlandkreis, die Stadt Zeitz, die Gemeinden Elsteraue und die Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst.

Anlage II -Atommüll-Endlagersuche: Übersicht Teilflächen im Burgenlandkreis

